



## **EU-Haushalt: Ein neuer Sozialfonds, ein verbesserter Fonds für die Anpassung an die Globalisierung und ein neuer Fonds für Justiz, Rechte und Werte**

Brüssel, 30. Mai 2018

**Für den nächsten langfristigen EU-Haushalt schlägt die Kommission eine weitere Stärkung der sozialen Dimension der Union mit einer Neuauflage des Europäischen Sozialfonds – dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) – und einem verbesserten und wirksameren Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung vor.**

Für den Zeitraum 2021–2027 wird der Europäische Sozialfonds Plus mit 101,2 Mrd. EUR ausgestattet, der Fonds für die Anpassung an die Globalisierung mit 1,6 Mrd. EUR. Beide sind auf Investitionen in Menschen ausgerichtet und stellen sicher, dass diese mit den richtigen Kompetenzen ausgestattet werden, um sich den Herausforderungen und Neuerungen auf dem Arbeitsmarkt zu stellen. Sie dienen damit der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte. Der Fonds für Justiz, Rechte und Werte wird über einen Zeitraum von sieben Jahren mit 947 Mio. EUR ausgestattet. Er unterstützt die Entwicklung eines Europäischen Rechtsraums auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens und der Rechtsstaatlichkeit und stellt sicher, dass die Menschen ihre Rechte wahrnehmen können.

Der für den Euro und den sozialen Dialog zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission Valdis **Dombrovskis**, der außerdem für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion zuständig ist, erklärte: *„Diese Vorschläge sind unsere Antwort auf die grundlegenden Fragen, die wir uns seit dem Weißbuch über die Zukunft Europas und den daran anschließenden Reflexionspapieren stellen: Welche Europäische Union wollen wir, wie werden wir sie gestalten, und wie werden wir das bezahlen? Die Vorschläge werden unseren Ambitionen für ein sozialeres Europa gerecht: Ohne die Mittel der EU können wir unsere Politik nicht anpassen, um einerseits die Bedürftigsten unserer Gesellschaften proaktiv zu unterstützen und andererseits zu reagieren, wenn die Auswirkungen von Globalisierung und Digitalisierung spürbar werden.“*

Die für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität zuständige EU-Kommissarin Marianne **Thyssen** erklärte dazu: *„Europa will die Handlungskompetenz der Menschen stärken. Wir lassen Worten Taten folgen. Unser neuer, flexibler und vereinfachter Sozialfonds ist auf Investitionen in die Menschen ausgerichtet, um sicherzustellen, dass sie die richtigen Kompetenzen haben und über einen auf neue Arbeitsformen abgestimmten modernen Sozialschutz verfügen, und um Solidarität mit denjenigen zu demonstrieren, die sie am meisten brauchen.“*

Vytenis **Andriukaitis**, EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, betonte: *„Gesundheit ist ein Grundwert. Daher ist es sinnvoll, das Gesundheitsprogramm im künftigen EU-Haushalt unter der Rubrik „Werte“ in den ESF+ zu integrieren. Dadurch schaffen wir neue und stärkere Synergien mit den anderen Bausteinen der europäischen Säule sozialer Rechte und ermöglichen eine bessere Koordinierung der Investitionen im Gesundheitsbereich. Wir tragen damit auch zur Förderung der Gesundheit und zur Prävention, zur Zugänglichkeit und Resilienz der Gesundheitssysteme sowie zur Verringerung von Ungleichheiten im Gesundheitsbereich bei. Außerdem verbessern wir die Gesundheitsversorgung und erhöhen die Sicherheit zum Nutzen der Patientinnen und Patienten und der Gesellschaft insgesamt.“*

Věra **Jourová**, Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung, erklärte: *„Mit den heutigen Vorschlägen für einen neuen Fonds für Justiz, Rechte und Werte stellen wir die bestmögliche Unterstützung von Initiativen sicher, die die Rechte und Werte der EU sowie die Rechtsstaatlichkeit fördern.“*

*In einer Zeit, in der die europäischen Gesellschaften mit Extremismus, Radikalisierung und Spaltung konfrontiert sind, ist es wichtiger denn je, Justiz, Rechte und Werte der EU zu fördern, zu stärken und zu verteidigen: NRO und die Zivilgesellschaft spielen eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Verteidigung dieser Rechte. Gleichzeitig müssen wir die Mitgliedstaaten in unseren gemeinsamen Anstrengungen zur Verbesserung der justiziellen Zusammenarbeit unterstützen und das gegenseitige Vertrauen in unseren gemeinsamen Raum des Rechts stärken.*

### **1. Europäischer Sozialfonds Plus**

Der Europäische Sozialfonds Plus konzentriert die Investitionen in die Menschen und unterstützt die

Umsetzung der [europäischen Säule sozialer Rechte](#). Damit trägt er zur Bewältigung globaler Herausforderungen, zur Aufrechterhaltung sozialer Gerechtigkeit, aber auch zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit Europas bei. Durch die Verschmelzung einer Reihe bestehender Fonds und Programme wird der Europäische Sozialfonds Plus flexibler und einfacher als der derzeitige Europäische Sozialfonds sein. Die Bündelung der Ressourcen wird es der EU und den Mitgliedstaaten ermöglichen, die sozialen und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen, denen die Menschen in Europa heute gegenüberstehen, mit einer stärker integrierten Unterstützung gezielter anzugehen. So wird durch die Integration der Hilfe für die am stärksten benachteiligten Personen in den ESF+ eine Mischung aus materieller Hilfe und umfassender sozialer Unterstützung bereitgestellt.

Im Europäischen Sozialfonds Plus werden konkret folgende Fonds verschmolzen:

- der [Europäische Sozialfonds \(ESF\)](#) und die [Beschäftigungsinitiative für junge Menschen](#)
- der [Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen](#)
- das [EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation](#)
- das [EU-Gesundheitsprogramm](#)

Wesentliche Eckpunkte des neuen Fonds sind:

- **Die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt:** In Abstimmung mit den Mitgliedstaaten fließen die Ressourcen in Maßnahmen, die wichtige Prioritäten und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aufgreifen. Die ESF+-Programme werden sich vor allem auf die im Rahmen des [Europäischen Semesters](#) und der europäischen Säule sozialer Rechte ermittelten Herausforderungen konzentrieren.
- **Schwerpunkt auf Jugendarbeitslosigkeit und sozialer Inklusion:** Mitgliedstaaten mit einem hohen Anteil junger Menschen, die weder arbeiten noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren, werden dazu verpflichtet, einen Anteil von mindestens 10 % der ESF+-Mittel zur Förderung der Beschäftigung junger Menschen einzusetzen. Der Fonds wird auch künftig einen Beitrag zur [Europäischen Agenda für Kompetenzen](#) leisten. Mindestens 25 % der ESF+-Mittel sollen darüber hinaus in Maßnahmen fließen, die soziale Inklusion fördern und den Bedürftigsten zugutekommen. Der ESF+ wird die Mitgliedstaaten außerdem bei der Integration rechtmäßig in der EU verbleibender Drittstaatsangehöriger in ihre Arbeitsmärkte und Gesellschaften unterstützen, vor allem durch Maßnahmen zur Förderung der langfristigen Integration. Auf diesem Wege ergänzt er den Asyl- und Migrationsfonds, in dessen Rahmen die kurzfristige Integration gefördert wird.
- **Bürokratieabbau:** Die Kommission schlägt eine Vereinfachung der Vorschriften für den nächsten langfristigen EU-Haushalt vor, mit geringerem Verwaltungsaufwand und einfacherem Zugang zu Mitteln aus verschiedenen Quellen für Behörden, Bürger/innen oder Organisationen, die EU-Unterstützung in Anspruch nehmen.
- **Maßgeschneiderte Unterstützung im Gesundheitswesen:** Die Komponente „Gesundheit“ wird sich auf Schwerpunktbereiche konzentrieren, in denen sich die Zusammenarbeit auf EU-Ebene als nützlich erwiesen hat: Stärkung der grenzübergreifenden Krisenvorsorge, Unterstützung der Gesundheitsbehörden in den Mitgliedstaaten, Digitalisierung von Gesundheit und Pflege, Unterstützung von EU-Rechtsvorschriften im Gesundheitsbereich und Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, beispielsweise zu seltenen und komplexen Krankheiten über die Europäischen Referenznetze.

## 2. Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung nach 2020

Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung wird überarbeitet, damit er entlassenen Arbeitnehmern wirksamer helfen kann. Derzeit erhalten Arbeitnehmer nur dann Hilfe aus dem Fonds, wenn sie ihren Arbeitsplatz aufgrund sich wandelnder Handelsmuster oder im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise verloren haben. Nach den neuen Vorschriften können auch andere Gründe einer Umstrukturierung wie beispielsweise Automatisierung und Digitalisierung für eine etwaige Förderung angeführt werden, womit den neuen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt Rechnung getragen wird.

Darüber hinaus kann nach den neuen Vorschriften schon ab einer Zahl von 250 entlassenen Arbeitnehmern (bisher 500) eine Förderung beantragt werden, wodurch mehr Arbeitnehmer Unterstützung erhalten. Ein verbessertes Bereitstellungsverfahren zur Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren ist eine weitere Neuerung. Der derzeit bei 60 % liegende Kofinanzierungssatz des Fonds wird an die für den betreffenden Mitgliedstaat geltenden höchsten Kofinanzierungssätze des ESF+ angepasst. Das bedeutet, dass die EU in mehreren Fällen einen höheren Anteil der Gesamtkosten finanziert.

## 3. Der Fonds für Justiz, Rechte und Werte

Die Kommission schlägt darüber hinaus einen neuen Fonds für Justiz, Rechte und Werte vor, der die Programme „Rechte und Werte“ und „Justiz“ umfasst. Der Vorschlag sieht eine Mittelausstattung von 947 Mio. EUR über einen Zeitraum von sieben Jahren vor. Davon sollen 642 Mio. EUR in das Programm „Rechte und Werte“ und 305 Mio. EUR in das Programm „Justiz“ fließen.

In einer Zeit, in der die europäischen Gesellschaften mit Extremismus, Radikalisierung und Spaltung konfrontiert sind, ist es wichtiger denn je, Justiz, Rechte und Werte der EU zu fördern, zu stärken und zu verteidigen. Das Programm wird beispielsweise helfen, Ungleichheiten und Diskriminierung zu bekämpfen, Kinder besser zu schützen und die justizielle Zusammenarbeit zur wirksameren Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus zu verbessern. Der Fonds unterstützt die Entwicklung eines Europäischen Rechtsraums auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens und der Rechtsstaatlichkeit. Er wird auch sicherstellen, dass Nichtregierungsorganisationen und die Zivilgesellschaft künftig eine größere Rolle bei der Förderung und dem Schutz gemeinsamer Werte spielen und stärker in die Sensibilisierung für diese Werte einbezogen werden, und dass die Menschen ihre Rechte wahrnehmen können.

Der neue Fonds stellt gegenüber der derzeitigen Situation mit drei Programmen eine Vereinfachung dar. So wird insbesondere der Bereich „Unionsbürgerschaft“, der derzeit in zwei verschiedenen Programmen angesiedelt ist, künftig durch das neue Programm „Rechte und Werte“ abgedeckt.

### **Nächste Schritte**

Eine rasche Einigung über den gesamten langfristigen EU-Haushalt und die sektoralen Vorschläge ist von entscheidender Bedeutung dafür, dass die EU-Mittel sobald wie möglich Wirkung zeigen.

Verzögerungen wie zu Beginn des laufenden Haushaltszeitraums 2014-2020 würden dazu führen, dass 100 000 von der EU finanzierte Projekte nicht rechtzeitig anlaufen könnten: dass viele Menschen, die dringend Hilfe benötigen – Gegenstände des täglichen Bedarfs oder Lebensmittel – unnötig darauf warten müssten, dass Weiterbildungen, die Schaffung von Arbeitsplätzen oder Maßnahmen zur Verbesserung wichtiger Dienste aufgeschoben würden oder dass Schulen nicht in der Lage wären, rechtzeitig hochwertige Lehrpläne für das nächste Schuljahr aufzustellen.

Bei einer Einigung über die nächste mehrjährige Finanzplanung im Jahr 2019 wäre für einen nahtlosen Übergang zwischen der aktuellen langfristigen Finanzplanung (2014-2020) und der neuen Finanzplanung gesorgt. Damit wären Berechenbarkeit und Kontinuität der Finanzierung zum Vorteil aller Beteiligten gesichert.

### **Hintergrund**

Der Europäische Sozialfonds ist das älteste und wichtigste Instrument Europas für Investitionen in Menschen.

Er wurde zeitgleich mit dem Vertrag von Rom 1957 gegründet. Heute ist der ESF ein wichtiger Motor für die Schaffung von Arbeitsplätzen und ein Instrument für mehr Chancengleichheit, denn er fördert eine bessere Bildung, modernere öffentliche Verwaltungen und die soziale Inklusion.

Mit dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung bringt die EU ihre Solidarität mit den europäischen Arbeitnehmern zum Ausdruck, die ihren Arbeitsplatz im Zuge sich wandelnder Handelsmuster oder des technologischen Wandels verloren haben. Sein Ziel ist es, Arbeitnehmer in Arbeit zu halten oder sie auf dem Arbeitsmarkt wieder einzugliedern.

Die heutigen Vorschläge zum ESF+, EGF und zum Fonds für Justiz, Rechte und Werte sind Teil der [Vorschläge der Kommission für den nächsten langfristigen EU-Haushalt, der von der Kommission am 2. Mai 2018 angenommen wurde](#). Der Vorschlag der Kommission zum ESF+ hängt eng mit dem Vorschlag für eine [Dachverordnung](#) zusammen, die am 29. Mai 2018 angenommen wurde und den Rahmen für Maßnahmen einer Reihe von Fonds mit geteilter Mittelverwaltung bildet.

### **Weitere Informationen**

[Memo: Fragen und Antworten zum neuen Sozialfonds und zum Fonds für die Anpassung an die Globalisierung 2021–2027](#)

[Memo: Fragen und Antworten zum Fonds „Justiz, Rechte und Werte“](#)

[Factsheet: Ein EU-Haushalt für die Zukunft: Europäischer Sozialfonds Plus und Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung](#)

[Website des Europäischen Sozialfonds](#)

[Pressemitteilung: Der Europäische Sozialfonds wird 60: Investitionen in Menschen seit sechs Jahrzehnten](#)

[Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen \(Dachverordnung\)](#)

Valdis Dombrovskis auf [Twitter](#)

Marianne Thyssen auf [Facebook](#) und [Twitter](#)

Věra Jourovà auf [Twitter](#)

Vytėnis Andriukaitis auf [Twitter](#)

Abonnieren Sie den kostenlosen E-Mail-[Newsletter](#) der Europäischen Kommission zu den Themen Beschäftigung, Soziales und Inklusion

IP/18/3923

Kontakt für die Medien:

[Christian WIGAND](#) (+32 2 296 22 53)

[Sara SOUMILLION](#) (+32 2 296 70 94)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)